
200/A(E)-BR/2014

Eingebracht am 26.06.2014

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Bundesräte Michalke
und weiterer Bundesräte

betreffend mehr Einkommen durch eine sofortige Senkung der Lohnsteuer zur
Stärkung der Kaufkraft

Österreich belegt mit einer Abgabenquote von über 45% des BIP den negativen 5. Rang im europäischen Vergleich und liegt damit bereits vor Schweden. Dabei sind Gebühren, die definitionsgemäß nicht in der Abgabenquote aufscheinen, hier noch gar nicht berücksichtigt.

Zudem kommt es heuer in Österreich erstmals dazu, dass die Lohnsteuer die Umsatzsteuer als bislang wichtigste Einnahmequelle überholen wird. In diesem Zusammenhang muss man sich vor Augen halten, dass Lohnsteuer und Umsatzsteuer gemeinsam 2/3 der gesamten öffentlichen Abgaben ausmachen. Dies bedeutet, dass folglich mindestens 2/3 der gesamten öffentlichen Abgaben von den Arbeitnehmern getragen werden.

Eine massive steuerliche Entlastung der Arbeitnehmer, insbesondere eine Senkung der Lohnsteuern, ist daher mehr als notwendig. Das im Frühjahr beschlossene Abgabenänderungsgesetz 2014 war ein Schritt in die falsche Richtung und hat keinerlei Steuerentlastung, sondern vielmehr eine Mehrbelastung von 771 Mio Euro für 2013 und 1,2 Mrd Euro für 2014 und die Folgejahre gebracht.

Darüber hinaus hat Österreich mit einer Ausgabenquote von über 51% des BIP die weltweit achthöchste Ausgabenquote. Österreich hat folglich kein Einnahmen-, sondern vielmehr ein Ausgabenproblem.

Eine Senkung der Ausgaben ist aber unabdingbar, um in der Lage zu sein, die Arbeitnehmer zu entlasten. 77% der Steuerpflichtigen haben ein maximales jährliches Einkommen von lediglich 25.000 Euro. Diese Gruppe ist sofort zu entlasten, und zwar mit einer Reduktion des Eingangssteuersatzes von derzeit 36,5% auf 25%. Auch gegen die kalte Progression müssen Maßnahmen ergriffen werden; hier erscheint es notwendig, dass die Progressionsstufen regelmäßig an die Inflationsrate angepasst werden.

Es ist dringend erforderlich, dass den Arbeitnehmern mehr Netto vom Brutto bleibt. Die Senkung des Eingangssteuersatzes darf aber nicht über neue Steuern, sondern durch eine Strukturreform und eine Senkung der Staatsausgaben finanziert werden.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Auch die AK Tirol und die AK Vorarlberg erheben entsprechende Forderungen.



OFFENER BRIEF

An die österreichischen
Nationalrätinnen und Nationalräte
Parlament
Wien

Einleitung einer Volksbefragung „Lohnsteuer senken - JETZT!“

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Der Unmut über die Steuer-Belastungen der Arbeitnehmer wird täglich größer, vor allem weil die Regierung nicht bereit ist, eine sofortige Lohnsteuer-Senkung umzusetzen. Daher verlangen die **Arbeiterkammern Tirol und Vorarlberg** vom Parlament die Einleitung einer **überparteilichen Volksbefragung** zur sofortigen Senkung der Lohnsteuer, um die Bürger selbst zu diesem Thema abstimmen zu lassen.

Die **Arbeitnehmer tragen** mit der Lohn- und der Mehrwertsteuer **zwei Drittel** der **gesamten Steuerlast** in Österreich! Dazu kommt noch **die kalte Progression**, die den Beschäftigten pro Jahr mindestens ein Viertel jeder Lohnerhöhung wegnimmt. Die Arbeitnehmer-Familien sind nicht länger bereit, Draufzahler für das Milliardendebakel der Hypo Alpe Adria zu sein.

Während die Regierung andere Gruppen entlastet hat, wurden die Beschäftigten noch stärker belastet. Die Regierung hatte vor der Wahl Steuererhöhungen ausgeschlossen. Nicht einmal hier hielt sie Wort – nach der Wahl wurden weitere Massensteuern erhöht, die wiederum mehrheitlich die Arbeitnehmer-Familien treffen.

Die Menschen können sich von ihrer Arbeit immer weniger leisten, während die Gewinne aus Vermögen, Grundstücks- und Finanzspekulationen explodieren. **Besonders ungerecht ist**, dass die **Arbeit viel zu hoch** und die **Millionen-Vermögen viel zu niedrig besteuert** werden.

Die Arbeiterkammern Tirol und Vorarlberg fordern daher eine **sofortige deutliche Lohnsteuersenkung für alle Beschäftigten und Pensionisten** sowie die **Abschaffung der kalten Progression**. Wir ersuchen Sie dringend, in den parlamentarischen Ausschüssen und in Ihren Klubs einen Beschluss für eine überparteiliche **Volksbefragung** zum Thema „Lohnsteuer senken - JETZT“ einzuleiten. **Die Entscheidung liegt in Ihrer Hand!**

Die **AK Tirol** und die **AK Vorarlberg** starten parallel dazu eine **landesweite Unterschriftenaktion**, um die **Forderung der arbeitenden Menschen** nach einer sofortigen Lohnsteuersenkung zu verstärken.

Wir ersuchen Sie um Ihre Zustimmung und Ihre Bereitschaft, eine Volksbefragung zu diesem Thema im Parlament zu beantragen.

Mit freundlichen Grüßen

Erwin Zangerl
(Präsident, AK Tirol)

Hubert Hämmerle
(Präsident, AK Vorarlberg)

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Wir haben es satt!

Zeigen wir der Regierung die rote Karte

Unterstützen Sie die Unterschriften-Aktion der AK Vorarlberg und AK Tirol sowie den „VN“. Weitere Unterschriftenlisten einfach bei uns anfordern oder unter www.ak-vorarlberg.at ausdrucken.

Mit Ihrer Unterschrift stimmen Sie:

- FÜR die Absenkung des Einstiegs-Lohnsteuersatzes auf 20 Prozent
- FÜR den sanfteren Anstieg der Grenzsteuersätze
- FÜR den Spitzensteuersatz erst ab 84.000 Euro Jahreseinkommen
- FÜR die Abschaffung der kalten Progression (jährliche Anpassung der Steuersätze)
- FÜR die Beibehaltung des steuerbegünstigten Urlaubs- und Weihnachtsgeldes



Die unterfertigten Bundesräte stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Parlament umgehend einen Gesetzesentwurf einer Steuerreform, mit dem Ziel einer Senkung des Eingangssteuersatzes in der Lohn- und Einkommensteuer auf 25% sowie einer gesamten strukturelle Steuerreform zuzuleiten.“

In formeller Hinsicht wird beantragt, diesen Antrag zur Vorberatung dem Finanzausschuss zuzuweisen.